

Ressort: Politik

Tillich: Länder halten an NPD-Verbotsantrag fest

Berlin, 24.03.2013, 18:03 Uhr

GDN - Die Bundesländer halten nach Ansicht von Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) an einem NPD-Verbotsantrag vor dem Bundesverfassungsgericht fest. "Wir sind davon überzeugt, dass es sich um eine kämpferisch-rassistische und auch ausländerfeindliche Partei handelt, deswegen gilt es, die NPD zu verbieten", sagte Tillich dem "Bericht aus Berlin".

Er gehe davon aus, dass es bei der "15:1-Entscheidung" bleibe, dass also alle Bundesländern außer Hessen hinter dem Antrag stünden. Hessen hatte sich im Bundesrat als einziges Bundesland der Stimme enthalten. Der Antrag sei stichhaltig genug, um vor dem Bundesverfassungsgericht bestehen zu können, so Tillich weiter. "Wir haben im Vorlauf ja auch die Vereinbarung zwischen den Innenministern gehabt, sämtliche V-Leute auch abzuziehen. Das heißt, die Innenministerien der Länder haben die Schlussfolgerung auch aus dem vergeblichen Verbotsverfahren 2003 gezogen", so der sächsische Ministerpräsident. Die Bundesregierung hatte zuletzt entschieden, dennoch keinen entsprechenden Antrag zu stellen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-10574/tillich-laender-halten-an-npd-verbotsantrag-fest.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619